

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Sun Chemical Konzernunternehmen mit Sitz in Deutschland („Auftraggeber“)

1. Allgemeines

1.1 Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Sun Chemical Konzernunternehmen mit Sitz in Deutschland (nachfolgend „**Allgemeine Einkaufsbedingungen**“) sind Bestandteil der Verträge über kauf- und werkvertragliche Lieferungen und Leistungen (nachfolgend „**Lieferungen**“ und „**Leistungen**“) zwischen dem Warenlieferanten bzw. Leistungserbringer (nachfolgend „**Auftragnehmer**“) und des betreffenden Sun Chemical Konzernunternehmens mit Sitz in Deutschland (nachfolgend

„**Auftraggeber**“). Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen gelten nur gegenüber Unternehmern im Sinne des § 14 BGB, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen.

1.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten nur, wenn und soweit der Auftraggeber sich unter ausdrücklicher Bezugnahme schriftlich mit diesen einverstanden erklärt. Der bloße Verweis auf ein Schreiben des Auftragnehmers, das seine Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthält oder auf solche verweist, stellt kein Einverständnis des Auftraggebers mit der Geltung jener Allgemeinen Geschäftsbedingungen dar. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten auch dann nicht, wenn der Auftraggeber nicht ausdrücklich widerspricht oder wenn der Auftraggeber in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Allgemeinen Einkaufsbedingungen abweichender Allgemeiner Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers die Lieferung / Leistung vorbehaltlos annimmt oder vorbehaltlos Zahlungen an den Vertragspartner leistet.

2. Angebot, Vertragsschluss

2.1 Angebote und Kostenvoranschläge des Auftragnehmers erfolgen unentgeltlich und begründen für den Auftraggeber keine Verpflichtungen.

2.2 Der Auftragnehmer wird in seinem Angebot auf eventuelle Abweichungen gegenüber der Anfrage des Auftraggebers ausdrücklich hinweisen und dem Auftraggeber Alternativen, die im Vergleich zur Anfrage technisch oder wirtschaftlich günstiger sind, zusätzlich anbieten.

2.3 Bestellungen des Auftraggebers sind nur verbindlich, wenn sie in schriftlicher Form abgegeben werden. Mündliche oder telefonische Erklärungen des Auftraggebers vor oder bei Vertragsschluss sind nicht verbindlich und bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer schriftlichen Bestätigung. Dieses Schriftformerfordernis lässt etwaige nachvertraglich geschlossene mündliche Vereinbarungen unberührt. Der Auftraggeber bleibt allerdings berechtigt, einen Vertragsschluss herbeizuführen, indem er Lieferungen und Leistungen vorbehaltlos annimmt oder Zahlungen leistet.

2.4 Soweit die Auftragsbestätigung des Auftragnehmers inhaltlich von einer Bestellung des Auftraggebers abweicht, muss der Auftragnehmer dies in der Auftragsbestätigung besonders hervorheben; solche Abweichungen werden nur Vertragsinhalt, soweit der Auftraggeber diese schriftlich annimmt.

3. Liefertermin, Vertragsstrafe Änderungen von Lieferungen / Leistungen

3.1 Der Auftragnehmer hat die für die Lieferungen und Leistungen vereinbarten Termine einzuhalten. Für die Einhaltung des Liefertermins im Falle von Warenlieferungen ist die Lieferung der mangelfreien Ware an den Auftraggeber zu gewöhnlichen Geschäftszeiten mit den erforderlichen Versandpapieren an dem in der Bestellung benannten Ort (nachfolgend „**Bestimmungsort**“) maßgebend. Ist eine Lieferung mit Montage / Service vereinbart, ist die Übergabe der mangelfreien Ware nach ordnungsgemäßer Ausführung der Montage / Service für die Einhaltung des Termins maßgeblich. Soweit eine Abnahme gesetzlich vorgesehen

oder vertraglich vereinbart ist, ist der Zeitpunkt der Erbringung einer abnahmefähigen Leistung maßgeblich. Vorzeitige Lieferungen / Leistungen oder Teillieferungen / Teilleistungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

3.2 Erkennt der Auftragnehmer, dass er seine vertraglichen Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht oder nicht rechtzeitig erfüllen kann, hat er den Auftraggeber darüber unverzüglich unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung schriftlich zu unterrichten. Die vorbehaltlose Annahme einer verspäteten (Teil-)Lieferung / (Teil-)Leistung stellt keinen Verzicht des Auftraggebers auf Rechte oder Ansprüche wegen nichtrechtzeitiger (Teil-)Lieferung / (Teil-)Leistung dar.

3.3 Gerät der Auftragnehmer mit den vertraglich geschuldeten Leistungen in Verzug, ist der Auftraggeber – unbeschadet sonstiger Rechte wegen Verzugs – berechtigt, für jede angefangene Woche des Verzugs eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,5 % des mit dem Auftraggeber vereinbarten Netto-Preises, höchstens jedoch 5 % dieses Netto-Preises, geltend zu machen. Die Geltendmachung etwaiger weitergehender Schadensersatzansprüche behält sich der Auftraggeber ausdrücklich vor. Bereits gezahlte Vertragsstrafen sind auf diesen Schadensersatz jedoch anzurechnen. Die Vertragsstrafe kann der Auftraggeber auch dann geltend machen, wenn ein Vorbehalt bei Annahme oder Abnahme der Lieferungen oder Leistungen unterbleibt, über die Schlusszahlung der Lieferungen oder Leistungen hinaus jedoch nur, wenn der Auftraggeber sich das Recht hierzu bei der Schlusszahlung vorbehält.

3.4 Änderungen des Liefer- oder Leistungsgegenstandes bedürfen der vorherigen schriftlichen Freigabe des Auftraggebers.

3.5 Der Auftragnehmer hat die für die Ausführung des Vertrages erforderlichen Unterlagen rechtzeitig beim Auftraggeber anzufordern und sofort nach Erhalt auf Vollständigkeit und Übereinstimmung zu überprüfen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber etwaige für den Auftragnehmer ersichtliche Unstimmigkeiten unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

4. Nachhaltigkeit

4.1 Der Auftraggeber richtet sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung aus und beachtet international anerkannte, grundlegende Standards für Arbeitssicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechte sowie für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung (nachfolgend „**Verhaltenskodex**“). Der Auftraggeber hat sein Verständnis von den genannten Standards im Verhaltenskodex für Lieferanten beschrieben <https://www.sunchemical.com/legal/code-of-ethics/>. Der Auftraggeber erwartet vom Auftragnehmer die Einhaltung des Verhaltenskodex. Außerdem fordert der Auftraggeber den Auftragnehmer auf, seine Sub- und Tochterunternehmen zur Einhaltung entsprechender Standards anzuhalten. Der Auftraggeber ist berechtigt, selbst oder durch von ihm beauftragte Dritte die Einhaltung des Verhaltenskodex durch den Auftragnehmer nach vorheriger rechtzeitiger schriftlicher Ankündigung während der üblichen Geschäftszeiten zu überprüfen. Berechtigte Geheimhaltungsinteressen des Auftragnehmers werden hierbei gewahrt.

4.2 Der Auftragnehmer hat bei Durchführung des Vertrages die im Vertrag konkretisierten Vorgaben des Auftraggebers sowie die gesetzlichen Anforderungen zur Arbeitssicherheit sowie zum Gesundheits- und Umweltschutz zu erfüllen.

5. Qualität

Der Auftragnehmer wird eine wirksame Qualitätssicherung durchführen, aufrechterhalten und dem Auftraggeber nach

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Sun Chemical Konzernunternehmen mit Sitz in Deutschland („Auftraggeber“)

Aufforderung nachweisen. Der Auftragnehmer wird hierzu ein Qualitätssicherungssystem gemäß den Anforderungen der ISO 9000 ff. oder gleichwertiger Art verwenden. Der Auftraggeber ist berechtigt, selbst oder durch vom Auftraggeber beauftragte Dritte das Qualitätssicherungssystem des Auftragnehmers nach vorheriger rechtzeitiger schriftlicher Ankündigung während der üblichen Geschäftszeiten zu überprüfen. Berechtigte Geheimhaltungsinteressen des Auftragnehmers werden hierbei gewahrt.

6. Einsatz von Subunternehmen

Der Einsatz von Subunternehmen am Standort des Auftraggebers zur Vertragserfüllung sowie deren Austausch bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftraggeber wird seine Zustimmung nicht ohne Grund verweigern. Ist seitens des Auftragnehmers von vornherein der Einsatz von Dritten bei der Vertragserfüllung beabsichtigt, hat der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber bereits in seinem Angebot mitzuteilen.

7. Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutzrecht (ArbSchG, ArbStättV), Gesetzlicher Mindestlohn (MiLoG), Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), Verbot illegaler Beschäftigung

7.1 Der Auftragnehmer hat die einschlägigen Regelungen des Arbeitsrechts und Arbeitsschutzrechts einzuhalten und insbesondere etwaig bestehende rechtliche Anforderungen an die Zurverfügungstellung angemessener Unterkünfte bzw. an die Sicherstellung einer angemessenen Unterbringung zu beachten. Der Auftraggeber ist berechtigt, selbst oder durch von ihm beauftragte Dritte die Einhaltung der vorgenannten Regelungen durch den Auftragnehmer nach vorheriger rechtzeitiger schriftlicher Ankündigung während der üblichen Geschäftszeiten zu überprüfen. Berechtigte Geheimhaltungsinteressen des Auftragnehmers werden hierbei gewahrt.

7.2 Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die von ihm oder seinen eingesetzten Subunternehmen oder Personaldienstleistern zur Ausführung von Verträgen mit dem Auftraggeber eingesetzten Mitarbeiter den gesetzlichen Mindestlohn nach MiLoG bzw. mindestens das Mindeststundenentgelt auf Grundlage der gemäß § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung erhalten. Wenn die zu erbringenden Leistungen dem Anwendungsbereich des AEntG unterfallen, hat der Auftragnehmer darüber hinaus sicherzustellen, dass die in deutschen Rechts- oder Verwaltungsvorschriften enthaltenen Regelungen über die in § 2 Abs. 1 AEntG numerisch aufgeführten Arbeitsbedingungen und die nach § 3 AEntG anzuwendenden Tarifverträge - insbesondere die Zahlung des Tariflohns beachtet werden. Ebenso hat er sicherzustellen, dass zwingenden Pflichten zur Entrichtung von Beiträgen an Sozialversicherungsträger, Berufsgenossenschaften und anderen Einrichtungen wie die in § 8 AEntG genannten gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien nachgekommen wird.

7.3 Der Auftragnehmer wird bei Auswahl von Subunternehmen und Personaldienstleistern die Erfüllung der vorgenannten Bedingungen gemäß Ziffern 7.1 und 7.2 prüfen und diese zu deren Einhaltung schriftlich verpflichten. Außerdem hat er sich von diesen schriftlich bestätigen zu lassen, dass sie die Einhaltung der Anforderungen durch von diesen beauftragten Subunternehmen oder Personaldienstleistern verlangen werden.

7.4 Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, von dem Auftragnehmer eine schriftliche Bestätigung der Zahlung des Mindestlohns sowie zur Prüfung der Einhaltung der Regelungen der Ziffern 7.1, 7.2 und 7.3 von dem Auftragnehmer geeignete Nachweise, wie insbesondere

Mindestlohnklärung der Mitarbeiter des Auftragnehmers, Bestätigung des Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers des Auftragnehmers zu verlangen.

7.5 Für den Fall, dass der Auftraggeber von einem Arbeitnehmer des Auftragnehmers oder von einem Arbeitnehmer eines eingesetzten Subunternehmens, gleich welchen Grades, oder eines Personaldienstleiters berechtigterweise wie ein Bürge auf Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns oder Branchenmindestlohns oder von einer der in § 8 AEntG genannten Einrichtungen der Tarifvertragsparteien auf Zahlung von Beiträgen in Anspruch genommen worden ist, stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von diesen Ansprüchen frei.

7.6 Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag mit dem Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, sofern der Auftraggeber berechtigterweise aus der Bürgenhaftung nach MiLoG bzw. AEntG in Anspruch genommen wird.

7.7 Darüber hinaus haftet der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber für jeden Schaden, der dem Auftraggeber aus der schuldhaften Nichteinhaltung der Pflichten gemäß Ziffer 7.2 und Ziffer 7.3 entsteht.

7.8 Illegale Beschäftigung jeder Art ist zu unterlassen.

8. Lieferung, Versand, Verpackung, Gefahrübergang, Eigentumsübergang

8.1 Die Lieferung von Waren hat, sofern nichts anderes vereinbart ist, „DAP Bestimmungsort (Incoterms 2020)“ zu erfolgen. Der Lieferung sind, sofern nichts anderes vereinbart ist, der Lieferschein in zweifacher Ausführung, Packzettel, Reinigungsatteste und Prüfzertifikate gemäß den vereinbarten Spezifikationen und andere erforderliche Dokumente beizufügen. In allen Versandunterlagen und – bei verpackter Ware – auf der äußeren Verpackung sind – soweit bekannt – Bestellnummer, Brutto- und Nettogewicht, Anzahl der Packstücke und Art der Verpackung (Einweg / Mehrweg), Fertigstellungsdatum sowie Bestimmungsort (Abladestelle) und Warenempfänger und bei Projekten Jobnummer sowie Aufstellungsbau vollständig aufzuführen.

8.2 Bei Drittlandslieferungen (Importen) ist in den Versandpapieren der Auftraggeber als Importeur (Zollanmelder) zu vermerken. Der Auftragnehmer hat ihn mit allen Dokumenten und Informationen zu unterstützen, die notwendig sind, um eine vollständige und korrekte Importzollerklärung zu erstellen und sie bei den zuständigen Zollbehörden in Übereinstimmung mit den Zollbestimmungen des Einfuhrlandes abzugeben.

8.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber schriftlich über den prozentualen Anteil der Waren und Werkleistungen mit US-Ursprung zu informieren.

8.4 Der Auftraggeber hat die Interessen des Auftraggebers beim Versand sorgfältig zu wahren. Die Waren sind mit am Bestimmungsort zugelassenen Verpackungsmaterialien so zu verpacken, dass Transportschäden vermieden werden. Für Schäden infolge unsachgemäßer Verpackung haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen.

8.5 Der Auftragnehmer wird bei Inlandslieferungen auf Verlangen des Auftraggebers anfallende Um-, Transport- und Verkaufsverpackungen am Bestimmungsort abholen oder durch Dritte abholen lassen.

8.6 Der Auftragnehmer hat gefährliche Produkte nach den einschlägigen nationalen und internationalen Vorschriften zu verpacken, zu kennzeichnen und zu versenden. Der Auftragnehmer erfüllt alle den Lieferanten (im Sinne von Artikel 3 Nr. 32 EG-Verordnung 1907/2006/EG (nachfolgend „REACH-VO“) treffenden Pflichten gemäß REACH-VO in Bezug auf die Lieferung der Ware. Insbesondere stellt er dem Auftraggeber in allen in Artikel 31 Ziffer 1 bis 3 REACH-VO vorgeschriebenen Fällen ein Sicherheitsdatenblatt gemäß Artikel 31 REACH-VO in der Sprache des Empfängerlandes zur Verfügung.

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Sun Chemical Konzernunternehmen mit Sitz in Deutschland („Auftraggeber“)

8.7 Bis zur Übergabe der vertragsgemäßen Ware am Bestimmungsort mit den in Ziffern 8.1 und 8.2 genannten Dokumenten trägt der Auftragnehmer die Gefahr des zufälligen Verlustes oder der zufälligen Beschädigung. Ist eine Lieferung mit Montage / Service vereinbart, erfolgt der Gefahrübergang nach ordnungsgemäßer Ausführung der Montage / Service und Übergabe.

8.8 Ist eine Abnahme gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, erfolgt der Gefahrübergang abweichend von Ziff. 8.7 mit Abnahme durch den Auftraggeber. Ist eine förmliche Abnahme vereinbart, findet der Gefahrübergang nicht vor Bestätigung der erfolgreichen Abnahme durch den Auftraggeber in dem Abnahmeprotokoll statt. Die Zahlung von Rechnungsbeträgen ersetzt nicht die förmliche Abnahme.

8.9 Der Eigentumserwerb richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

9. Warenursprung und -status

9.1 Der Auftragnehmer gibt den nichtpräferenziellen Ursprung der Ware (country of origin) in Handelspapieren an. Falls anwendbar stellt der Auftragnehmer zusätzlich eine Warenverkehrsbescheinigung A.TR zur Verfügung. Auf Verlangen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer ein Ursprungszertifikat/-zeugnis über den (präferentiellen) Ursprung der Ware bereitstellen.

9.2 Die Ware hat die Ursprungsbedingungen der bi- oder multi- lateralen Präferenzabkommen oder die einseitigen Ursprungsbedingungen des Allgemeinen Präferenzsystems für begünstigte Länder (APS) zu erfüllen, sofern es sich um Lieferungen im Rahmen dieser Warenverkehre handelt.

10. Mängelfreiheit der Lieferung / Leistung, Mängelrüge, Rechte bei Mängeln

10.1 Der Auftragnehmer schuldet die Mängelfreiheit der Lieferungen und Leistungen gemäß den vertraglichen und gesetzlichen Anforderungen. Der Auftragnehmer gewährleistet insbesondere – unbeschadet weitergehender vertraglicher oder gesetzlicher Anforderungen – die Einhaltung der vereinbarten Beschaffenheit einschließlich der vereinbarten Produkt- bzw. Leistungsspezifikationen – wobei zur vereinbarten Beschaffenheit auch alle Beschreibungen der Merkmale der Lieferungen und Leistungen, insbesondere ihre Art, Menge, Qualität, Funktionalität, Kompatibilität und Interoperabilität gehören – sowie die Eignung für die vertragliche vorausgesetzte Verwendung. Der Auftragnehmer gewährleistet auch, dass die Lieferungen und Leistungen dem Stand der Technik und – sofern einschlägig – dem allgemein anerkannten Stand der Sicherheitstechnik, Arbeitsmedizin und Hygiene entsprechen, mit qualifiziertem Personal erbracht werden und im Einklang mit allen einschlägigen Rechtsvorschriften am Bestimmungsort stehen. Sind Maschinen, Geräte oder Anlagen Gegenstand der Lieferung, müssen diese den Anforderungen der zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung geltenden besonderen Sicherheitsbestimmungen für Maschinen, Geräte und Anlagen entsprechen und eine CE-Kennzeichnung besitzen.

10.2 Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass alle in der Ware enthaltenen Stoffe in Übereinstimmung mit den maßgeblichen Anforderungen der REACH-VO für die vom Auftraggeber bekanntgegebenen Verwendungen wirksam vorregistriert, registriert (oder von der Registrierpflicht ausgenommen) und, sofern einschlägig, zugelassen sind. Wenn es sich bei der Ware um ein Erzeugnis im Sinne von Artikel 7 REACH-VO handelt, findet davorangehende Satz in Bezug auf von diesen Erzeugnissen freigesetzte Stoffe Anwendung.

10.3 Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich, wenn in einer Komponente eines Erzeugnisses ein Stoff in einer Konzentration von mehr als 0,1 Massenprozent (W/W) enthalten ist, der die Kriterien der

Artikel 57 und 59 REACH-VO erfüllt (sogenannte substances of very high concern). Dies gilt auch für Verpackungsprodukte.

10.4 Sofern die Lieferungen und Leistungen des Auftragnehmers digitale Produkte oder Waren mit digitalen Elementen enthalten, wird der Auftragnehmer auf eigene Kosten, sofern nicht abweichend vereinbart, während des Zeitraums, den der Auftraggeber bzw. die Kunden des Auftraggebers aufgrund von Art und Zweck der gelieferten digitalen Produkte oder Waren mit digitalen Elementen sowie unter Berücksichtigung der Umstände und der Art des Vertrages erwarten können, Aktualisierungen bereitstellen, die für den Erhalt der Vertragsmäßigkeit der Produkte erforderlich sind, und für eine entsprechende Information des Auftraggebers bzw. der Kunden des Auftraggebers Sorge tragen. Für den Fall, dass eine dauerhafte Bereitstellung für die digitalen Produkte oder die digitalen Elemente vereinbart ist, sind die Aktualisierungen während des Bereitstellungszeitraumes, mindestens jedoch für einen Zeitraum von zwei (2) Jahren ab dem Tag der Lieferung zu erbringen.

10.5 Der Auftragnehmer hat vor der Auslieferung eine sorgfältige Warenausgangskontrolle durchzuführen. Ware, welche diese Kontrolle nicht bestanden hat, darf nicht ausgeliefert werden. Der Auftraggeber wird, sofern die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht nach § 377 HGB gilt, offenkundige Mängel gegenüber dem Auftragnehmer innerhalb von fünf (5) Tagen nach Ablieferung rügen. Mängel, die erst später erkennbar werden, wird der Auftraggeber innerhalb von zehn (10) Tagen nach Entdeckung rügen. Eine weitergehende Überprüfung obliegt dem Auftraggeber nicht. Insoweit verzichtet der Auftragnehmer auf den Einwand der Verletzung der Untersuchungsobliegenheit und der verspäteten Mängelrüge gemäß § 377 HGB.

10.6 Ist eine Abnahme durch den Auftraggeber gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, kann der Auftraggeber die Erklärung der Abnahme verweigern und eine eventuell an sie gekoppelte Abschlagszahlung zurückhalten, wenn die Leistung nicht vollständig erbracht oder mangelhaft ist. Dies gilt auch im Falle eines vereinbarten Abnahmetermins oder einer vom Auftragnehmer dem Auftraggeber gesetzten Frist zur Abnahme. Wegen unwesentlicher Mängel wird der Auftraggeber die Abnahme nicht verweigern.

10.7 Der Auftraggeber ist bei Mängeln berechtigt, Nacherfüllung nach den gesetzlichen Bestimmungen zu verlangen. Die Wahl der Art der Nacherfüllung liegt beim Auftraggeber. Ort der Nacherfüllung ist nach Wahl des Auftraggebers der Bestimmungsort bzw. der Ort der Abnahme, wenn eine solche gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart ist oder ein anderer Verbringungsort der Ware, soweit dieser dem Auftragnehmer bei Vertragsschluss bekannt war. Der Auftragnehmer hat im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die zur Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen zu tragen. Der Auftragnehmer hat sich bei der Abwicklung der Nacherfüllung nach den betrieblichen Belangen des Auftraggebers zu richten. Ist die Nacherfüllung nicht innerhalb angemessener Frist erfolgt, ist sie fehlgeschlagen oder war die Fristsetzung entbehrlich, kann der Auftraggeber die weiteren gesetzlichen Rechte bei Mängeln geltend machen.

10.8 Ist die Nacherfüllung nicht innerhalb angemessener Frist erfolgt, ist sie fehlgeschlagen oder war die Fristsetzung entbehrlich, ist der Auftraggeber zusätzlich zu den in Ziffer 10.7 genannten Rechten berechtigt, den Mangel auf Kosten und Gefahr des Auftragnehmers selbst zu beseitigen oder durch Dritte beseitigen zu lassen und vom Auftragnehmer den Ersatz der erforderlichen Aufwendungen zu verlangen. Eine Fristsetzung ist insbesondere dann entbehrlich, wenn unverhältnismäßig hohe Schäden drohen und der

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Sun Chemical Konzernunternehmen mit Sitz in Deutschland („Auftraggeber“)

Auftragnehmer nicht erreichbar ist. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Weitere Rechte des Auftraggebers aus gesetzlicher Mängelhaftung oder vom Auftragnehmer übernommenen Garantien bleiben unberührt.

10.9 Mängelansprüche verjähren in sechsunddreißig (36) Monaten ab Gefahrübergang, es sei denn es gilt eine längere gesetzliche Frist. Ein Verzicht auf Mängelansprüche seitens des Auftraggebers ist nur wirksam, wenn er ausdrücklich und schriftlich erklärt ist.

10.10 Mit Beendigung der Nachbesserung bzw. mit Neulieferung oder Neuherstellung, oder, soweit eine Abnahme der Nacherfüllung gesetzlich erforderlich oder vereinbart ist, mit der Abnahme, beginnt die Verjährung einmalig erneut zu laufen, es sei denn, der Auftraggeber musste nach dem Verhalten des Auftragnehmers davon ausgehen, dass der Auftragnehmer sich nicht zu der Maßnahme verpflichtet sah, sondern die Mängelbeseitigung oder Neulieferung nur aus Kulanzgründen oder ähnlichen Gründen vornahm.

10.11 Eine innerhalb der Verjährungsfrist durch den Auftraggeber erfolgte Mängelrüge hemmt die Verjährung ab dem Zeitpunkt des Zugangs der Mängelrüge bei dem Auftragnehmer, bis zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer Einigkeit über die Beseitigung des Mangels und etwaiger Folgen besteht; die Hemmung endet jedoch nach endgültiger Ablehnung der Mängelrüge durch den Auftragnehmer. Die Verjährung von Mängelansprüchen tritt frühestens drei (3) Monate nach dem Ende der Hemmung ein, in keinem Fall jedoch vor Ablauf der Verjährungsfrist gemäß Ziffer 10.9.

11. Verletzung gewerblicher Schutzrechte

Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die Lieferung und/oder Leistung des Auftragnehmers und deren vertragsgemäße Nutzung keine Patentrechte, Urheberrechte oder sonstige Schutzrechte Dritter verletzen. Unbeschadet sonstiger gesetzlicher Ansprüche stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von allen Ansprüchen Dritter frei, die gegen den Auftraggeber wegen Verletzung oben genannter Schutzrechte geltend gemacht werden, wenn diese auf einer schuldhaften Pflichtverletzung des Auftragnehmers beruhen. Lizenzgebühren, Aufwendungen und Kosten, die dem Auftraggeber zur Vermeidung und/oder Beseitigung von Schutzrechtsverletzungen entstehen, trägt in diesem Fall der Auftragnehmer.

12. Vertragsstrafe

Ist eine Vertragsstrafe vereinbart und angefallen, kann der Auftraggeber diese noch bis zur Fälligkeit der Schlusszahlung geltend machen, ohne dass dies eines Vorbehalts gemäß § 341 Abs. 3 BGB bedarf.

13. Haftung allgemein, Versicherungen

13.1 Sofern in diesen Allgemeinen Einkaufsbedingungen nicht anderweitig geregelt, haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen.

13.2 Der Auftragnehmer hat für Schäden, die von ihm und seinen Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen zu verantworten sind, eine ausreichende Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht zu erhalten. Die Höhe der Deckungssumme je Schadensereignis ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. Die vertragliche und gesetzliche Haftung des Auftragnehmers bleibt durch Umfang und Höhe seines Versicherungsschutzes unberührt.

14. Rechnung, Zahlung

14.1 Die vereinbarten Preise sind Nettopreise zuzüglich etwaiger gesetzlich geschuldeter Mehrwertsteuer. Über die erfolgten Lieferungen und Leistungen sind Rechnungen auszustellen, die den jeweils gültigen gesetzlichen Anforderungen an Rechnungen nach dem Mehrwertsteuerrecht der Staaten entsprechen, deren

Mehrwertsteuerrecht die in Rechnung gestellten Lieferungen / Leistungen unterliegen. Ist Anwendung des Gutschriftsverfahrens vereinbart, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle Daten zu übermitteln, die erforderlich sind, um den vorab aufgeführten Anforderungen des anwendbaren Mehrwertsteuerrechts zu genügen.

14.2 Der Auftragnehmer hat pro Bestellung eine prüfbare Rechnung zu erstellen, die alle gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtangaben nach deutschem Recht enthalten muss. Auf der Rechnung ist die vollständige Bestellnummer des Auftraggebers und, sofern vorhanden, die Lieferscheinnummer des Auftragnehmers anzugeben. Der Rechnung sind Leistungsnachweise und andere Nachweisdokumente beizufügen. Rechnungen haben den Angaben in der Bestellung hinsichtlich Warenbezeichnung, Preis, Menge, Reihenfolge der Positionen und Positionsnummer zu entsprechen. Die Rechnung ist an die in der Bestellung des Auftraggebers genannte Rechnungsadresse zu übermitteln.

14.3 Abschlagszahlungen leistet der Auftraggeber nur, wenn solche vertraglich vereinbart sind und die Fälligkeitsvoraussetzungen vorliegen. § 632a BGB bleibt hiervon unberührt..

14.4 Zahlungsfristen laufen, sofern nichts anderes vereinbart ist, ab dem Zeitpunkt des Eingangs von Rechnungen, die den vor- genannten Anforderungen entsprechen, bzw. bei Anwendung des Gutschriftsverfahrens ab dem Datum der Erstellung der Gutschrift. Die Zahlung erfolgt vorbehaltlich der Feststellung der Vertragsgemäßheit und Vollständigkeit der Lieferung / Leistung.

14.5 Zahlungen bedeuten keine Anerkennung von in der Rechnung ausgewiesenen Bedingungen und Preisen und lassen die Rechte des Auftraggebers wegen nicht ordnungsgemäß erbrachter Lieferung / Leistung, die Prüfungsrechte des Auftraggebers sowie das Recht, eine Rechnung aus anderen Gründen zubeanzustellen, unberührt.

14.6 Wenn der Auftraggeber Lizenzgebühren an ausländische Auftragnehmer leistet, ist der Auftraggeber gemäß § 50a Einkommensteuergesetz zum Einbehalt von Quellensteuern verpflichtet. Ein Verzicht auf Quellensteuereinbehalt oder eine Quellensteuerreduktion ist nur möglich, wenn der Auftragnehmer eine Freistellungsbescheinigung nach § 50d Einkommensteuergesetz vorlegt.

15. Weitergabe von Bestellungen, Abtretung, Firmenänderung, Aufrechnung, Zurückbehaltung

15.1 Der Auftragnehmer darf die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag mit dem Auftraggeber nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers auf Dritte übertragen. Die Regelung der Ziffer 6 bleibt hiervon unberührt.

15.2 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber jeden kraft Gesetzes eintretenden Vertragsübergang und jede Änderung seiner Firma unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

15.3 Der Auftraggeber darf die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag mit dem Auftragnehmer jederzeit ohne vorherige Zustimmung des Auftragnehmers an das betreffende Sun Chemical Konzernunternehmen, oder an ein mit dieser im Sinne von § 15 Aktiengesetz verbundenes Unternehmen übertragen, vorausgesetzt, die Durchführung des Vertrages wird dadurch nicht gefährdet.

15.4 Der Auftragnehmer ist nur berechtigt mit aus diesem Vertragsverhältnis stammenden, gegenseitigen Forderungen sowie mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufzurechnen. Ein Zurückbehaltungsrecht steht dem Auftragnehmer nur zu, wenn die Forderung des Auftragnehmers, wegen der das Zurückbehaltungsrecht geltend gemacht wird, aus demselben Vertragsverhältnis stammt oder wenn die Forderung des Auftragnehmers unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Sun Chemical Konzernunternehmen mit Sitz in Deutschland („Auftraggeber“)

16. Kündigung, Rücktritt

16.1 Das Recht des Auftraggebers zur ordentlichen Kündigung oder zum Rücktritt vom Vertrag richtet sich, sofern einzelvertraglich keine Regelung getroffen worden ist, nach den gesetzlichen Bestimmungen.

16.2 Eine Kündigung aus wichtigem Grund steht jeder Vertragspartei zu, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen, wie bei Dauerschuldverhältnissen § 314 BGB oder bei werkvertraglichen Leistungen § 648a BGB. Ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den Auftraggeber liegt insbesondere vor, wenn

- der Auftragnehmer eine Pflichtverletzung begeht und nicht binnen einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist und Kündigungsandrohung Abhilfe schafft oder erfolglos abgemahnt worden ist und es deshalb unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen der kündigenden Partei die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann; eine Pflichtverletzung liegt insbesondere vor, wenn der Auftragnehmer gegen einschlägige rechtliche Anforderungen an die Zurverfügungstellung angemessener Unterkünfte bzw. an die Sicherstellung einer angemessenen Unterbringung verstößt, oder

- das Vertrauensverhältnis auf Grund nach Vertragsschluss eingetretener Umstände, z. B. wegen einer im Zuge der Vertragsausführung begangenen Verletzung von Strafgesetzen oder Begehung von Ordnungswidrigkeiten durch den Auftragnehmer oder von ihm zur Vertragsausführung eingesetzter Dritter, erheblich und nachhaltig gestört ist und es deshalb unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen der kündigenden Partei die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann, oder

- beim Auftragnehmer eine wesentliche Vermögensverschlechterung eingetreten ist, die die Vertragserfüllung gefährdet oder

- der Auftragnehmer seiner Pflicht zur Abführung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen nicht nachkommt oder

- andere Umstände vorliegen, die es dem Auftraggeber unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen unzumutbar machen, den Vertrag mit dem Auftragnehmer fortzusetzen.

16.3 In Fällen der Kündigung aus wichtigem Grund nach Ziffer 16.2 werden die vom Auftragnehmer bis zum Zeitpunkt der Kündigung bereits nachweislich erbrachten vertragsgemäßen Leistungen gegen Vorlage der maßgeblichen Belege vergütet. Bereits durch den Auftraggeber geleistete Zahlungen werden auf die Vergütung angerechnet bzw. sind im Fall von Überzahlungen zurückzuerstatten. Weitere gesetzlich vorgesehene Rechte und Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere auf Schadensersatz, bleiben unberührt.

16.4 Hat der Auftragnehmer vom Auftraggeber im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit oder zum Zwecke von dessen Ausführung Dokumente, Unterlagen, Pläne und Zeichnungen erlangt, so hat er diese im Fall der Kündigung durch einen Vertragspartner dem Auftraggeber unverzüglich auszuhändigen. Dies gilt entsprechend im Falle des Rücktritts vom Vertrag.

17. Räumungspflichten des Auftragnehmers bei Beendigung des Vertrages

Im Falle der Beendigung des Vertrages, gleich aus welchem Grund, hat der Auftragnehmer unverzüglich die Demontage und den Abtransport seiner Anlagen, Werkzeuge und Geräte, sofern solche beim Auftraggeber zur Erfüllung des Vertrages errichtet bzw. gelagert hat, auf seine Kosten zu besorgen. Etwaige Abfälle und Bauschutt, die durch die Arbeiten des Auftragnehmers verursacht wurden, sind ebenfalls unverzüglich durch den Auftragnehmer auf dessen Kosten zu

entfernen und fachgerecht zu entsorgen. Kommt der Auftragnehmer diesen Pflichten schuldhaft nicht nach, kann der Auftraggeber, nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Frist, die Arbeiten selbst vornehmen oder einen Dritten beauftragen und die angefallenen Kosten dem Auftragnehmer in Rechnung stellen.

18. Unterlagen, Geheimhaltung, Nutzungsrechte, Datenschutz

18.1 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die geschuldeten Pläne, Berechnungen oder sonstigen Unterlagen in der vereinbarten Anzahl so rechtzeitig zu überlassen, dass die vertraglichen Ausführungsfristen eingehalten werden können.

18.2 Die Durchsicht und/oder Freigabe von Unterlagen des Auftragnehmers durch den Auftraggeber berührt nicht die Verantwortlichkeit des Auftragnehmers für diese.

18.3 Modelle, Muster, Zeichnungen, Daten, Designs, Know-how, Kalkulationen, Konstruktionen, Beschreibungen, elektronische Medien, Software, Prototypen, Materialien und sonstige Unterlagen, die der Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Verfügung stellt (nachfolgend „Auftraggeber-Unterlagen“), verbleiben im Eigentum des Auftraggebers und sind auf jederzeitiges Verlangen des Auftraggebers wieder an den Auftraggeber zurückzugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den Auftraggeber-Unterlagen wird ausgeschlossen. Der Auftragnehmer hat bestehende Urheberrechte an den Auftraggeber-Unterlagen zu beachten.

18.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich vorbehaltlich gesetzlicher, gerichtlicher oder behördlicher Offenlegungspflichten, alle technischen, wissenschaftlichen, kommerziellen und sonstigen Informationen, die der Auftragnehmer im Rahmen des Vertrages direkt oder indirekt erlangt, insbesondere die Auftraggeber-Unterlagen, (nachfolgend „Vertrauliche Informationen“) geheim zu halten, nicht kommerziell zu verwerten, nicht zum Gegenstand gewerblicher Schutzrechte zu machen, nicht an Dritte weiterzugeben oder Dritten in sonstiger Weise zugänglich zu machen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, Vertrauliche Informationen an vom Auftraggeber zugelassene Subunternehmer weiterzugeben, soweit diese Informationen von dem Subunternehmer zur Vertragserfüllung zwingend benötigt werden.

Der Auftragnehmer darf Vertrauliche Informationen zu keinem anderen Zweck als dem der Durchführung des mit dem Auftraggeber geschlossenen Vertrages verwenden und nur solchen Personen in seinem Geschäftsbetrieb und sonstigen Erfüllungsgehilfen zugänglich machen, die zum Zwecke der Erbringung von Lieferungen und Leistungen an den Auftragnehmer zwingend in die Nutzung der Vertraulichen Informationen einbezogen werden müssen und die in vergleichbarer Weise zu diesen Regelungen der Vertraulichkeit verpflichtet sind. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber die Einhaltung dieser Verpflichtungen auf Wunsch schriftlich bestätigen.

18.5 Die Geheimhaltungspflicht gemäß Ziffer 18.4 gilt für die Dauer von fünf (5) Jahren nach Beendigung des Vertrages.

18.6 Die Geheimhaltungspflicht gemäß Ziffer 18.4 besteht nicht, soweit Informationen dem Auftragnehmer zum Zeitpunkt der Zurverfügungstellung durch den Auftraggeber bereits ohne Verletzung einer Vertraulichkeitspflicht des Auftragnehmers bekannt waren oder zu einem späteren Zeitpunkt ohne Verletzung einer Vertraulichkeitspflicht des Auftragnehmers bekannt werden, oder zum Zeitpunkt der Zurverfügungstellung durch den Auftraggeber oder zu einem späteren Zeitpunkt ohne Verletzung einer Vertraulichkeitspflicht des Auftragnehmers öffentlich bekannt sind oder werden oder rechtmäßig von Dritten erlangt werden.

Die Geheimhaltungspflicht gemäß Ziffer 18.4 gilt ferner
März 2022

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Sun Chemical Konzernunternehmen mit Sitz in Deutschland („Auftraggeber“)

nicht, soweit Information gegenüber Personen offenbart werden, die einer gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, wobei sich der Auftragnehmer dazu verpflichtet, diese Personen nicht von dieser Verschwiegenheitspflicht zu entbinden. Der Auftragnehmer trägt die Beweislast für das Vorliegen dieser Ausnahme.

18.7 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen und Maßnahmen zu treffen, damit die erlangten Vertraulichen Informationen jederzeit wirksam gegen Verlust sowie gegen unberechtigten Zugriff geschützt sind. Hierzu gehören insbesondere die Schaffung und Aufrechterhaltung von geeigneten und erforderlichen Zutritts- bzw. Zugriffsvorkehrungen für Räumlichkeiten, Behältnisse, IT-Systeme, Datenträger und sonstige Informationsträger, in bzw. auf denen sich Vertrauliche Informationen befinden, sowie die Durchführung geeigneter Unterweisungen für die Personen, die gemäß dieser Ziffer zum Umgang mit Vertraulichen Informationen berechtigt sind. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn bei dem Auftragnehmer ein Verlust und/oder ein unberechtigter Zugriff von / auf Vertrauliche Informationen eingetreten ist.

18.8 "Arbeitsergebnisse" sind alle im Rahmen des Vertrags entstehenden Arbeitsergebnisse des Auftragnehmers und Arbeitsergebnisse von Dritten, wenn diese vom Auftragnehmer zur Vertragserfüllung bei der Erstellung von Arbeitsergebnissen hinzu- gezogen wurden, sowie alle während der Vertragserfüllung entstehenden urheberrechtlich geschützten Leistungen des Auftragnehmers, insbesondere alle Pläne, Zeichnungen, Grafiken, Berechnungen und sonstigen Unterlagen.

18.9 Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das räumlich, inhaltlich und zeitlich uneingeschränkte sowie an Dritte frei über- tragbare und/oder unterlizenzierbare Nutzungsrecht an den Arbeitsergebnissen in allen bekannten Medienformen einschließlich elektronischer Medien, Internet und Onlinemedien, auf allen Bild-, Ton- und Datenträgern, zu den vertraglichen vereinbarten oder nach dem Vertrag vorausgesetzten Zwecken ein. Zu den nach dem Vertrag vorausgesetzten Zwecken gehören insbesondere das Recht zur Be- und Verarbeitung, zur Speicherung in allen Medien und zur Vervielfältigung. Der Auftragnehmer hat sich die hierzu gegebenenfalls notwendige Rechteinräumung durch die Dritten zu verschaffen. Der Auftraggeber nimmt die Rechteinräumung an.

18.10 An Arbeitsergebnissen, die der Auftragnehmer individuell für den Auftraggeber angefertigt hat oder von Dritten für den Auftraggeber individuell hat anfertigen lassen, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber darüber hinaus ein ausschließliches Nutzungsrecht ein und hat sich die hierzu gegebenenfalls not- wendige Rechteinräumung durch die Dritten zu verschaffen. Der Auftraggeber nimmt die Rechteinräumung an. Vorbestehende Rechte des Auftragnehmers oder von Dritten bleiben hiervon unberührt.

18.11 Die unveräußerlichen Urheberpersönlichkeitsrechte sind von den vorstehenden Regelungen nicht berührt.

18.12 Die Einräumung der Rechte gemäß Ziffer 18.9 und 18.10 ist mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.

18.13 Stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer im Rahmen der Durchführung des Vertrages personenbezogene Daten seiner Mitarbeiter (nachfolgend **„Personenbezogene Daten“**) zur Verfügung oder erlangt der Auftragnehmer auf sonstige Weise Kenntnis von diesen Personenbezogenen Daten, gelten die nachfolgenden Bestimmungen.

Personenbezogene Daten, die auf vorgenannte Weise offengelegt und nicht im Auftrag des Auftraggebers verarbeitet werden (Auftragsverarbeitung), dürfen vom Auftragnehmer ausschließlich zur Abwicklung des Vertrages verarbeitet und nicht – außer bei gesetzlicher Zulässigkeit – anderweitig verarbeitet, insbesondere gegenüber Dritten offengelegt und/oder für eigene Zwecke analysiert und/oder

zur Bildung von Profilen genutzt werden.

Der Auftragnehmer darf die Personenbezogenen Daten ausschließlich weiterverarbeiten, insbesondere an seine Gruppengesellschaften zur Durchführung des betreffenden Vertrages weitergeben, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Personenbezogenen Daten nur denjenigen Arbeitnehmern des Auftragnehmers zugänglich gemacht werden, die zur Durchführung des betreffen- den Vertrages eingesetzt werden und auch nur in dem für die Durchführung dieses Vertrages erforderlichen Umfang (Need-to-know-Prinzip). Der Auftragnehmer wird seine innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den Anforderungen des an- wendbaren Datenschutzrechts gerecht wird, insbesondere technische und organisatorische Maßnahmen zur angemessenen Sicherung der Personenbezogenen Daten vor Missbrauch und Verlust treffen.

Der Auftragnehmer erwirbt an den Personenbezogenen Daten keine Rechte und ist unter den gesetzlichen Voraussetzungen jederzeit zur Berichtigung, Löschung und/oder Einschränkung der Verarbeitung der Personenbezogenen Daten verpflichtet. Zurückbehaltungsrechte in Bezug auf Personenbezogene Datensind ausgeschlossen.

Zusätzlich zu seinen gesetzlichen Verpflichtungen unterrichtet der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich, spätestens innerhalb von 24 Stunden, über eine Verletzung des Schutzes Personenbezogener Daten, insbesondere bei Verlust. Der Auftragnehmer wird die Personenbezogenen Daten nach Zweckerreichung löschen, sofern nicht gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen. .

Soweit der Auftragnehmer Personenbezogene Daten im Auftrag oder nach Weisung des Auftraggebers verarbeitet, schließen die Parteien eine separate Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung entsprechend Artikel 28 DSGVO.

19. Außenwirtschaftsrecht

19.1 Der Auftraggeber und der Auftragnehmer sind sich bewusst, dass Lieferungen und Leistungen Export- und Importbeschränkungen unterliegen können. Insbesondere können Genehmigungspflichten bestehen bzw. kann die Nutzung der Lieferungen und Leistungen im Ausland Beschränkungen unterliegen. Der Auftragnehmer wird anwendbare Export- und Importkontrollvorschriften Deutschlands, der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums, der Schweiz, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie allen anderen einschlägigen Exportkontrollvorschriften einhalten und dem Auftraggeber alle Informationen, die der Auftraggeber zur Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen benötigt, so früh wie möglich zur Verfügung stellen.

19.2 Die Erfüllung eines Vertrages durch den Auftraggeber steht unter dem Vorbehalt, dass der Erfüllung keine Hindernisse aufgrund von nationalen oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts sowie keine Embargos und/oder sonstige Sanktionen entgegenstehen.

20. Werbeverbot, Schriftform, salvatorische Klausel, anwendbares Recht, Gerichtsstand

20.1 Der Auftragnehmer darf nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers oder soweit dies für die Vertragsausführung unumgänglich ist, auf die bestehende Geschäftsverbindung mit dem Auftraggeber hinweisen.

20.2 Soweit in diesen Allgemeinen Einkaufsbedingungen auf ein Schriftformerfordernis verwiesen wird, genügt zur Wahrung der Schriftform eine Mitteilung per E-Mail, Telefax oder sonstiger Textform. Einer eigenhändigen Unterschrift oder einer elektronischen Signatur bedarf es nicht.

20.3 Die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einer Bestimmung oder von Teilen einer Bestimmung des

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Sun Chemical Konzernunternehmen mit Sitz in Deutschland („Auftraggeber“)

Vertrages ist auf Bestand und Fortdauer des jeweiligen Vertrages ohne Einfluss.

20.4 Der Vertrag unterliegt dem materiellen Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss (i) des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 („CISG“) und (ii) der in Deutschland anwendbaren Kollisionsregeln.

20.5 Gerichtsstand ist nach Wahl des Auftraggebers entweder das für den Sitz des Auftraggebers sachlich zuständige Gericht oder das nach den anwendbaren, allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen zuständige Gericht.

General Conditions of Purchase of Sun Chemical Group entities located in Germany („Principal“)

1. General

1.1 These general conditions of purchase of Sun Chemical Group entities located in Germany (hereinafter “**General Conditions of Purchase**”) form an integral part of contracts on the sale of goods (sec. 433 BGB [German Civil Code]) and contracts for work results (sec. 631 BGB) (hereinafter “**deliveries**” or “**delivery of goods**” and “**services**”) between the supplier of goods or the service provider, respectively, (hereinafter “**Contractor**”) and Sun Chemical Group entity located in Germany, respectively, (hereinafter “**Principal**”). These General Conditions of Purchase shall only apply to entrepreneurs within the meaning of sec. 14 BGB, legal entities under public law and special funds under public law.

1.2 General terms of business of the Contractor shall only apply if and insofar as the Principal has explicitly accepted them in writing. Any references of the Principal to correspondence from the Contractor containing or referring to the Contractor’s general terms of business shall not constitute the Principal’s acceptance of the applicability to this contract of such general terms of business. The Contractor’s general terms of business shall also not apply if the Principal does not explicitly object or if the Principal should accept any goods / services or make any payments to the Contractor without reservation in the knowledge that the Contractor has purported to deliver them on general terms of business of the Contractor that deviate from or are in conflict with these General Conditions of Purchase.

2. Offer, Conclusion of Contract

2.1 Offers and price quotes shall not be remunerated and shall not create any obligations on the part of the Principal.

2.2 In its offer the Contractor shall explicitly expose any discrepancies between its offer and the Principal’s inquiry. If the Contractor has alternatives for an inquiry which is technologically or economically superior it shall additionally present this offer to the Principal.

2.3 Orders of the Principal shall only be binding if they are placed in writing. Verbal statements of the Principal or statements made by the Principal over the phone before or at the time of conclusion of a contract shall not be binding and shall require written confirmation in order to be effective. This requirement of the written form shall not affect any verbal agreements concluded after the conclusion of a contract. However, the Principal shall remain entitled to effect conclusion of a contract by accepting deliveries and services without reservation or by making payments without reservation.

2.4 Insofar as the Contractor’s order confirmation deviates from an order placed by the Principal, the Contractor shall specifically emphasize this in the order confirmation; such deviation shall only become part of a contract insofar as the Principal accepts them in writing.

3. Delivery Date, Contractual Penalty, Changes in the Delivery of Goods / Provision of Services

3.1 The Contractor must comply with the agreed dates of delivery or dates of provision of services, respectively. In case of the delivery of goods such compliance requires the delivery free of any defects to the Principal within the Principal’s regular business hours accompanied by the required shipping documents to the address specified in the purchase order (hereinafter “**Place of Destination**”). If a delivery including assembly / service has been agreed, the delivery of the goods free of any defects shall not be considered timely unless the assembly / service has been duly carried out as specified in the contract. If acceptance is required by law or specified in the contract, the agreed dates are complied with if the delivery / service is made ready for acceptance by the agreed date. Advance deliveries of goods / provision of services or partial deliveries / partial provision

of services require the Principal’s prior written agreement.

3.2 If the Contractor recognizes that it will not be able to fulfill its contractual obligations either in full or in part, or not within the stipulated timeframe, it must notify this to the Principal in writing forthwith. The notice must state both the reason(s) for the delay and the predicted delay in delivery time. Any acceptance by the Principal of a delayed or partial delivery of goods / provision of services shall by no means constitute a waiver of any rights or claims of the Principal due to late or partial delivery of goods / provision of services.

3.3 If the Contractor is in default with the contractually owed deliveries or services, the Principal is entitled - without prejudice to other rights due to default - to claim a contractual penalty in the amount of 0.5% of the net price agreed with the Principal for each commenced week of default, but no more than 5% of this net price. The Principal expressly reserves the right to assert any further claims for damages. Contractual penalties already paid shall, however, be credited against any claims for damages. The Principal may also assert the contractual penalty if the Principal does not reserve the right to such contractual penalty upon receipt respectively acceptance of the deliveries or services. However, the Principal may only assert the contractual penalty beyond the final payment for the deliveries or services if the Principal reserves the right to do so upon final payment.

3.4 Any changes to the goods to be delivered or services to be provided require the prior written consent of the Principal.

3.5 The Contractor shall request the documents required for the execution of the contract from the Principal in due time and check them for completeness and conformity immediately upon receipt. The Contractor shall inform the Principal in writing without delay of any inconsistencies that are apparent to the Contractor.

4. Sustainability

4.1 The Principal conducts its business in accordance with the principle of sustainable development and adheres to internationally recognized fundamental standards for occupational health and safety, environmental protection, labor and human rights as well as responsible corporate governance (hereinafter “**Code of Conduct**”). The Principal has described its understanding of the relevant standards in the Code of Conduct <https://www.sunchemical.com/legal/code-of-ethics/>. The Principal expects the Contractor to adhere to the Code of Conduct. Furthermore, the Principal calls upon the Contractor to ensure that all its subcontractors of any tier adhere to the Code of Conduct likewise. The Principal shall be entitled to check the Contractor’s compliance with the aforementioned Code of Conduct, either by itself or through third parties commissioned by the Principal during normal business hours after giving timely written notice. Legitimate confidentiality interests of the Contractor shall be respected.

4.2 While performing the contract, the Contractor must adhere to the Principal’s and statutory occupational health and safety and environmental protection requirements specified in the contract.

5. Quality

The Contractor shall carry out and maintain effective quality assurance and, if requested, demonstrate this to the Principal. To this end, the Contractor shall use a quality assurance system with elements in accordance with the requirements of ISO 9000 ff. or a similar system of equivalent standard. The Principal shall have the right to inspect the Contractor’s quality assurance system after giving timely written notice during normal business hours,

General Conditions of Purchase of Sun Chemical Group entities located in Germany („Principal“)

either itself or through third parties commissioned by the Principal. Legitimate confidentiality interests of the Contractor shall be respected.

6. Use of Subcontractors

Subcontractors may only be employed or replaced by the Contractor to perform the contract at the site of the Principal with the Principal's prior written consent. The Principal will not refuse its consent without cause. If the Contractor intends to use subcontractors to perform the contract from the outset, the Contractor must inform the Principal of this when submitting its offer.

7. Working Conditions, Occupational Health and Safety Law (ArbSchG, ArbStättV), Statutory Minimum Wages Act (MiLoG), Employee Assignment Law (AEntG), Prohibition on Illegal Employment

7.1 The Contractor shall comply with the relevant regulations of labor law and occupational health and safety law and, in particular, observe any existing legal requirements for the provision of adequate accommodation or for ensuring adequate accommodation. The Principal shall be entitled to check the Contractor's compliance with the aforementioned regulations during normal business hours after giving timely written notice, either by itself or through third parties commissioned. Legitimate confidentiality interests of the Contractor shall be respected.

7.2 The Contractor must ensure that the employees used by the Contractor or its subcontractors or personnel service providers to perform contracts with the Principal receive the minimum wage as per the German Minimum Wages Act (MiLoG), respectively the minimum hourly rate of pay (Mindeststundenentgelt) according to the regulation based on section 3a of the German Temporary Employment Act (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz). If the services to be provided are subject to the scope of the Employee Assignment Law (AEntG), the contractor must moreover ensure that the provisions contained in German law or administrative provisions as listed numerically in section 2 paragraph 1 of the Employee Assignment Law (AEntG) concerning working conditions as well as the collective bargaining agreements to be applied in accordance with section 3 of the AEntG - in particular with regard to the payment of standard wages - are observed. The Contractor must also ensure that binding obligations to pay contributions to social security carriers, employers' liability insurance associations and other institutions such as the joint institutions of the collective bargaining agreement parties named in section 8 AEntG are fulfilled.

7.3 When choosing subcontractors and personnel service providers, the Contractor shall check fulfillment of the aforementioned conditions as per Clauses 7.1 and 7.2 and require them to provide written confirmation of compliance. Furthermore, the Contractor shall obtain written assurance from these parties that they will require other subcontractors or personnel service providers as may be engaged to comply with the requirements.

7.4 The Principal is entitled at any time to request from the Contractor a written confirmation of the payment of the minimum wage as well as to request from the Contractor suitable evidence in order to verify compliance with the provisions of Clauses 7.1, 7.2 and 7.3, such as, in particular, a minimum wage declaration from the Contractor's employees, confirmation of the Contractor's tax advisor or auditor.

7.5 The Contractor shall indemnify the Principal against justified claims any employee of the Contractor or any employee of a subcontractor, regardless of level, or of a personnel service provider used has brought forward towards the Principal as the guarantor of payment of the statutory

minimum wage or industry minimum wage, or claims by one of the institutions of the collective bargaining agreement parties named in section 8 AEntG for the provision of payments.

7.6 The Principal is entitled to terminate the contract with the Contractor without notice if and when the Principal is justifiably made liable as guarantor according to MiLoG or AEntG.

7.7 Moreover, the Contractor shall accept liability vis-à-vis the Principal for any damage that may be suffered by the Principal through culpable failure to meet the obligations as per Clauses

7.2 and 7.3.

7.8 Illegal employment of all kinds is prohibited.

8. Delivery, Shipping, Packaging, Passing of Risk, Transfer of Title

8.1 Unless agreed otherwise, the delivery of goods shall be made "DAP to the Place of Destination (Incoterms 2020)". Unless agreed otherwise, the delivery shall be accompanied by two copies of the delivery note, the packing list, cleaning and inspection certificates according to the agreed specifications and all other necessary documents. If known, the following details must be given in all shipping documents and – for packaged goods – on the outer packaging too: purchase order number, gross and net weight, number of packages and type of packaging (disposable / reusable), completion date as well as Place of Destination (unloading point) and consignee. For projects, the complete job number and assembly building must be given as well.

8.2 For third country deliveries (imports), Principal shall become importer of record and Contractor shall support him with all documents and information necessary to complete and lodge a true import declaration to authorities responsible for customs, as required in the customs legislation of the country of import.

8.3 The Contractor shall notify the Principal in writing about the percentage of US controlled content.

8.4 The Contractor shall uphold the Principal's interests during the delivery. Goods must be packed with packaging materials approved for the Place of Destination as so to avoid damage during transport. The Contractor is liable as per the statutory provisions for any damage incurred due to improper packaging.

8.5 For domestic deliveries, upon the Principal's request the Contractor shall collect any accumulated outer packaging, transport and sales packaging from the Place of Destination following delivery and dispose of it or having this done by a third party.

8.6 The Contractor shall package, label and ship hazardous products according to the applicable national and international laws and regulations. The Contractor complies with all obligations for suppliers (pursuant to Article 3 (32) Regulation (EC) No. 1907/2006/EC (hereinafter "REACH")) under REACH with respect to the delivery of goods. The Contractor shall in particular provide the Principal with a safety data sheet according to Article 31 REACH in the national language of the recipient country in all cases stipulated in Article 31 (1) to (3) REACH.

8.7 Up until the handover of the goods specified in the contract with the documents mentioned in clauses 8.1 and 8.2 at the Place of Destination, the Contractor shall bear the risk of accidental loss or damage. If the parties have agreed a delivery inclusive of assembly / service, the risk of loss or damage shall pass to the Principal after the assembly / service has been duly completed in accordance with the contract and following the handover of the goods.

8.8 If a formal acceptance is stipulated by law or by the contract, the passing of risk shall take place, in deviation from Clause 8.7, upon acceptance by the Principal. If formal acceptance is agreed, the risk of accidental loss

General Conditions of Purchase of Sun Chemical Group entities located in Germany („Principal“)

or damage shall not pass from the Contractor to the Principal before a successful acceptance has been confirmed by the Principal in the acceptance certificate. Payment of invoice balances shall not replace a formal acceptance.

8.9 Transfer of title and ownership shall pass to Principal as per the statutory provisions.

9. Origin and Status of Goods

9.1 The Contractor declares the non-preferential origin of goods (country of origin) in commercial documents. In addition, the Contractor provides an A.TR movement certificate, if applicable. Upon the Principal's request he will provide a proof / certificate of origin specifying the origin of the goods.

9.2 The goods must comply with the regulations for the preferential origin of goods as per the bilateral or multilateral agreements or the unilateral regulations for the origin of goods pursuant to the Generalized Systems of Preferences (GSP), insofar as the delivery is within the scope of preferential trade.

10. Delivery / Service free from Defects, Notification of Defects, Rights in the Event of Defects

10.1 The Contractor is responsible for delivering goods and producing works free of defects in accordance with the contractual and statutory provisions. The Contractor warrants, in particular – and without prejudice to any further contractual or statutory requirements – compliance with the agreed quality (also including all descriptions of the features of the goods and services, in particular their type, quantity, functionality, compatibility and interoperability), including the agreed specification of goods and services, as well as suitability for the use intended under the contract. In addition, the Contractor warrants that goods and services meet the current technical standards and – if applicable – the generally recognized standards in plant safety, occupational medicine and hygiene; are delivered by qualified personnel and are in line with all pertinent legal regulations at the Place of Destination. If machines, equipment or plants constitute delivery items, they shall meet the special safety requirements applicable to machinery, equipment and plants at the time of contract fulfillment, and shall be CE marked.

10.2 The Contractor shall ensure that all materials contained in the goods have effectively been preregistered, registered (or exempt from the obligation to register) and – if relevant – authorized in accordance with the applicable requirements of REACH for the uses disclosed by the Principal. If the goods classified as an article according to Article 7 REACH the preceding sentence shall also apply to substances released from such goods.

10.3 The Contractor shall forthwith notify the Principal if a component of the product contains a substance in a concentration exceeding 0.1 mass percent (W/W) if this substance fulfills the criteria of Article 57 and 59 REACH (so-called substances of very high concern). This also applies to packaging products.

10.4 If the Contractor's deliveries and services include digital products or goods with digital elements, the Contractor shall, at its own expense, unless otherwise agreed, provide updates necessary to maintain the contractual conformity of the products during the period that the Principal or the Principal's customers can expect based on the nature and purpose of the delivered digital products or goods with digital elements and taking into account the circumstances and the nature of the contract, and shall ensure that the Principal respectively the Principal's customers are informed accordingly. In the event that a permanent provision is agreed for the digital products or the digital elements, the updates shall be provided during the provision period, but at least for a period of two (2) years from the date of delivery.

10.5 The Contractor shall carry out a diligent inspection of outgoing goods prior to delivery. Goods which have not passed this inspection must not be delivered. Where the commercial inspection and notification obligation applies as per section 377 HGB (German Commercial Code), the Principal shall notify any obvious defects to the Contractor within five (5) days following delivery of the goods. Any defects that only become apparent at a later point in time must be notified by the Principal within ten (10) days following their discovery. The Principal is not obliged to carry out any further inspection. In this respect, the Contractor waives the objection of violation of the duty to inspect and of delayed notification of defects pursuant to section 377 HGB.

10.6 If an acceptance by the Principal is legally stipulated or contractually agreed, the Principal can refuse to declare the acceptance and withhold any installment payment associated with the acceptance if the goods or services are not provided in full or are defective. This also applies in the case of an agreed acceptance date or a deadline for acceptance set for the Principal by the Contractor. The Principal shall not refuse acceptance on the grounds of insignificant defects.

10.7 In the event of any defects, the Principal has the right to demand rectification of such defects according to applicable law. The mode of rectification shall be at the Principal's discretion. The rectification location shall at Principal's option be either the Place of Destination or the place of acceptance, if acceptance is legally required or contractually agreed, or another delivery location for the goods if this was known to the Contractor when the contract was concluded. The Contractor shall bear the cost of rectification within the framework of the statutory provisions and must execute rectification in all respects in accordance with the Principal's instructions and requirements. If (i) rectification does not take place within an appropriate period of time, (ii) rectification has failed, or (iii) it is not necessary to fix a grace period for rectification, the Principal shall be entitled to claim further legal rights in the event of defects.

10.8 If rectification does not take place within an appropriate period of time, if it has failed, or if it is not necessary to fix a grace period for rectification, the Principal has the right, in addition to the rights named in Clause 10.7, to remedy the defects itself at the cost and liability of the Contractor, or allow this work to be undertaken by third parties. The Principal is in this case entitled to demand compensation from the Contractor for the required measures. A grace period for rectification is particularly unnecessary if there is a danger of unreasonably high damages and the Contractor cannot be reached. In addition, the applicable law shall apply. Any additional rights of the Principal concerning the Contractor's statutory liability for defects or under any guarantees shall remain unaffected.

10.9 Claims under warranty shall become time-barred thirty-six (36) months after the passing of risk unless a longer expiration period is prescribed by law. The Principal shall not be deemed to have waived any of its rights to make claims under warranty in the absence of an express written waiver.

10.10 Upon completion of the repair of defects or upon new delivery or new manufacture, or, insofar as acceptance of the rectification is required by law or contractually agreed, upon acceptance, the limitation period shall recommence anew, unless the Principal had to assume, based on the Contractor's conduct, that the Contractor did not consider itself obligated to carry out such rectification, but only undertook the repair of defects or new delivery or new manufacture as a gesture of goodwill or for similar reasons.

10.11 A notice of defect given by the Principal within the limitation period shall suspend the limitation period from the time of receipt of the notice of defect by the Contractor until agreement has been reached between the Principal and the

General Conditions of Purchase of Sun Chemical Group entities located in Germany („Principal“)

Contractor on the remedy of the defect and of any consequences of the defect; the suspension shall, however, end after final rejection of the notice of defect by the Contractor. Claims for defects shall become time-barred at the earliest three (3) months after the end of the suspension, but in no case before the expiry of the limitation period pursuant to Clause 10.9.

11. Infringing Property Rights

It is the Contractor's responsibility to ensure that the delivery of the goods and / or provision of the services by the Contractor and the use thereof by the Principal pursuant to the contract will not infringe any patent laws, copyright or other proprietary rights of third parties. Notwithstanding other legal claims, the Contractor shall indemnify the Principal from any third party claims for which the Principal may be held liable as a result of the infringement of any of the aforementioned property rights if these are based on a culpable violation of obligations by the Contractor. In this case, the Contractor shall bear the cost of any licensing fees, expenses and fees incurred by the Principal in preventing and / or rectifying any infringements of property rights.

12. Contract Penalty

If a contract penalty has been agreed upon and is incurred, the Principal is entitled to claim such penalty until the final payment is due without requiring a reservation pursuant to section 341 paragraph 3 of the German Civil Code ('BGB').

13. General Liability, Insurance

13.1 Unless otherwise established in these General Conditions of Purchase, the Contractor shall be liable as per the statutory provisions.

13.2 The Contractor shall maintain sufficient liability insurance at its own expense for damage for which it or its subcontractors or agents for which it is vicariously liable are responsible. Evidence of the amount of insurance coverage for each occurrence of damage shall be provided to the Principal upon request. The Contractor's contractual and legal liability remains unaffected by the extent and amount of its insurance coverage.

14. Invoicing, Payment

14.1 The agreed prices are net of any applicable value-added tax. Invoices are to be issued for deliveries made and services provided. These invoices shall comply with the relevant statutory invoicing requirements according to the national value-added tax legislations to which the deliveries / services being invoiced are subject. If self-billing (evaluated receipt settlement) is agreed, the Contractor must transfer to the Principal all data required as per the applicable value-added tax legislation specified in advance.

14.2 The Contractor must provide a separate, auditable invoice for each purchase order, which must include all of the legally required information under German law. The invoice must include the Principal's full order number and, if applicable, the Contractor's delivery note number. Certificates of work completed and any other records are to be submitted with the invoice. Invoices must correspond to the information in the purchase order in respect of the goods described, price, quantity, the order of the items and item numbers. Invoices are to be sent to the billing address specified by the Principal in the purchase order.

14.3 The Principal shall only make installment payments when these are contractually agreed and the prerequisites for the payment becoming due have been met. Section 632a BGB shall remain unaffected.

14.4 Unless agreed otherwise, the payment period shall commence as soon as an invoice that meets the applicable value-added tax requirements has been received at the billing address. In the case of self-billing, the payment period

commences the day the credit memo is issued. Payment will be made subject to determination of contractual compliance and completeness for the delivery / service provided.

14.5 Payments by the Principal shall not represent an acceptance of the conditions and prices stated in the invoice, and shall not constitute a waiver of the Principal's rights with regard to deliveries made / services provided that differed from those as agreed upon, the Principal's rights to inspection, and the right to find fault with an invoice due to other reasons.

14.6 If the Principal pays license fees to foreign Contractors, the Principal is obliged to withhold taxes pursuant to section 50a German Income Tax Law. The Principal can only abstain from deducting or reduce the withholding tax if the Contractor provides the Principal with a valid exemption certificate pursuant to section 50d German Income Tax Law.

15. Assignment of Contract, Transfer, Change of Company Name, Offsetting, Retention

15.1 The Contractor may assign the rights and obligations under the contract with the Principal to third parties only with the prior written consent of the Principal. The provision under Clause 6 shall remain unaffected.

15.2 The Contractor is required to notify the Principal forthwith in writing of any assignment of the contract by virtue of law and of any change of its trade name.

15.3 The Principal may assign the rights and obligations under the contract with the Contractor to Sun Chemical Group entities or to any affiliated company pursuant to section 15 of the German Stock Corporation Act at any time without the Contractor's prior agreement, provided that the execution of the contract is not endangered thereby.

15.4 The Contractor shall only be entitled to offset against reciprocal claims arising from this contractual relationship, and against undisputed claims or claims substantiated by court judgement. The Contractor is only entitled to a right of retention if the claim of the Contractor, which the Contractor bases its right of retention upon, has its origins in the same contractual relationship or if the claim of the Contractor is undisputed or has been finally adjudicated.

16. Termination, Rescission

16.1 The Principal's right to ordinary termination of the contract with notice or to rescission from the contract shall follow statutory provisions, unless set forth otherwise in the individual contract.

Each contracting party is entitled to terminate the agreement for good cause, provided the respective statutory requirements for this are met, such as for continuing obligations as per § 314 BGB or services within the scope of work contracts as per § 648a BGB. A good cause for termination by the Principal is given in particular if:

- The Contractor commits a breach of duty, which is not remedied within a reasonable period of time defined by the Principal and following a termination warning or a fruitless warning and therefore, taking into account all circumstances of the individual case and weighing the mutual interests, the continuation of the contractual relationship cannot reasonably be expected from the terminating party; a breach of duty shall be deemed to have occurred, in particular, if the Contractor violates relevant legal requirements for the provision of adequate accommodation or for ensuring adequate accommodation, or
- The relationship of trust is significantly and lastingly disrupted due to circumstances occurring after conclusion of the contract,

e.g. due to a violation of criminal laws or due to commission of administrative offences in the course of the performance of the contract by the Contractor or by third parties

General Conditions of Purchase of Sun Chemical Group entities located in Germany („Principal“)

employed by the Contractor for the execution of the contract, and therefore, taking into account all circumstances of the individual case and weighing the mutual interests, the continuation of the contractual relationship cannot reasonably be expected from the terminating party, or

- A significant deterioration in the asset situation of the Contractor has taken place, which jeopardizes contract fulfillment, or

- The Contractor does not comply with his/her obligation to pay taxes or social security contributions, or

- There are other circumstances that make continuation of the contract with the Contractor unreasonable for the Principal, taking into account all circumstances of the individual case and weighing the mutual interests.

16.2 In cases of termination for good cause as per No. 16.2, the services verifiably performed by the Contractor in line with the contract up to the time of the cancellation shall be remunerated upon submission of the relevant receipts. Payments already made by the Principal shall be offset against the payment or re-funded in cases of overpayment. The Principal's further statutory rights and claims, in particular with regard to damage compensation, shall remain unaffected.

16.3 If the Contractor has acquired from the Principal any documents, records, plans or drawings within the scope of the contractual collaboration or for the purposes of fulfilling the contract the Contractor must forthwith hand them over to the Principal in the event of termination of the contract by a party to the contract. These requirements apply likewise in the event of rescission.

17. Contractor's Removal Duty in the Event of Termination of Contract

In the event of termination of the contract, the Contractor must, at its own expense and regardless of the grounds for termination, forthwith dismantle and remove any plant, tools and equipment used and / or stored on the Principal's premises. Any waste or debris produced by the Contractor's work must be promptly removed and disposed of appropriately by the Contractor at its own expense. If the Contractor does not fulfill its duties in this regard, the Principal may undertake the work itself or have it undertaken by a third party and charge the expenses incurred to the Contractor if the work has still not been completed after a reasonable period of time has elapsed. These requirements apply likewise in the event of rescission.

18. Documents, Confidentiality, Rights of Use, Data Protection

18.1 The Contractor must provide to the Principal the agreed quantity of any plans, calculations or other documents in order not to exceed the contractual deadline for execution.

18.2 The review and / or release of any Contractor's documents by the Principal shall not relieve the Contractor of any of its responsibilities for these documents under the contract.

18.3 Any models, samples, drawings, data, designs, know-how, calculations, structures, descriptions, electronic media, software, prototypes materials and other documents provided to the Contractor by the Principal (hereinafter "**Principal Documentation**") shall remain the property of the Principal and must be returned to the Principal forthwith upon its request at any point in time. The Contractor shall have no right of retention with regard to any Principal Documentation. The Contractor must observe any copyrights in and to all Principal Documentation.

18.4 The Contractor is obliged to keep confidential all technical, scientific, commercial and other information obtained either directly or indirectly within the scope of the contract, in particular the information given in Principal Documentation (hereinafter "**Confidential Information**").

The Contractor may not exploit Confidential Information for commercial purposes, make it the object of industrial property rights, pass it on or make it accessible to third parties in any way. The Contractor is entitled to share confidential information with subcontractors approved by the Principal if the subcontractor requires this information in order to fulfill the contract.

The Contractor shall not use Confidential Information for any purpose other than fulfilling the contract and the Contractor may only make the Confidential Information available to such persons in its business and to other vicarious agents who, for the purpose of providing deliveries and services to the Contractor, must necessarily be involved in the use of the Confidential Information and who are obligated to these rules of confidentiality in a comparable manner. The Contractor shall confirm compliance with these obligations to the Principal in writing upon request.

18.5 The confidentiality obligation pursuant to Clause 18.4 shall continue to apply for a period of five (5) years after the contract has ended.

18.6 The confidentiality obligation pursuant to Clause 18.4 shall not apply to the extent that information was already known to the Contractor prior to the Principal's disclosure of such information without a breach of the Contractor's confidentiality obligations or that it becomes known to the Contractor at a later time without a breach of the Contractor's confidentiality obligations, or that such information becomes publicly known prior to the Principal's disclosure or at a later time without a breach of the Contractor's confidentiality obligations, or that it has been lawfully obtained from a third party. The confidentiality obligation pursuant to Clause 18.4 shall also not apply to the extent that information is disclosed to persons subject to a legal obligation to confidentiality, whereas the Contractor shall not release such a person from its obligation to confidentiality. The burden of proof for such an exception lies with the Contractor.

18.7 The Contractor shall specifically undertake all required, appropriate precautions and measures to effectively protect the Confidential Information obtained at all times against loss or against unauthorized access. This includes in particular the creation and maintenance of appropriate, required access and entry precautions for facilities, repositories, IT systems, data storage devices and other information storage devices, especially those which contain Confidential Information. This also includes informing and instructing those people who are granted access to Confidential Information pursuant to this clause. The Contractor is required to promptly notify the Principal in writing in the event that Confidential Information is lost and / or accessed by unauthorized parties.

18.8 "Work Results" are all results of the Contractor's work that arise in connection with the order as well as the results of the work of third parties that have been brought in by the Contractor to perform the Contract with regard to the production of work results as well as all of the Contractor's copyright-protected items and services that may arise in the course of Contract performance, including, without limitation, all plans, drawings, graphics, calculations and other documents.

18.9 The Contractor shall grant the Principal the right, freely transferable and/or sublicensable to third parties, without any restrictions as to area, content or time, to use the Work Results in all known media formats including electronic media, Internet and online media saved to all imaging, audio and data storage devices, for the contractually agreed purposes or purposes implied as per the Contract. The purposes implied as per the Contract include, in particular, the right to edit and process, to store in all media and to reproduce. The Contractor shall obtain any necessary granting of rights by third parties for this purpose. The Principal accepts the granting of the right.

General Conditions of Purchase of Sun Chemical Group entities located in Germany („Principal“)

18.10 Moreover, the Contractor shall grant the Principal an exclusive right to use the Work Results that the Contractor created specifically for the Principal or had third parties create for the Principal, and shall obtain any necessary rights from third parties. The Principal accepts the granting of the right. Pre-existing rights of the Contractor or of third parties shall remain unaffected hereby.

18.11 Inalienable moral rights under copyright law are not affected by the provisions above.

18.12 The granting of the rights set out in Clauses 18.9 and 18.10 is covered by the agreed remuneration.

18.13 In case the Contractor, in the course of the performance of the respective contract, receives from the Principal or otherwise obtains personal data related to employees of Principal (hereinafter referred to as "Personal Data") the following provisions shall apply. If processing of Personal Data disclosed in the aforementioned manner is not carried out on behalf of the Principal (commissioned processing), Contractor shall only be entitled to process Personal Data for the performance of the respective contract. Contractor shall not, except as permitted by applicable laws, process Personal Data otherwise, in particular disclose Personal Data to third parties and/or analyze such data for its own purposes and/or form a profile. Only if and to the extent permitted by applicable laws, Contractor is entitled to further process the Personal Data, in particular to transmit Personal Data to its affiliated companies for the purpose of performing the respective contract. Contractor shall ensure that Personal Data is only accessible by its employees, if and to the extent such employees require access for the performance of the respective contract (need-to-know-principle). Contractor shall structure its internal organization in a way that ensures compliance with the requirements of data protection laws. In particular, Contractor shall take technical and organizational measures to ensure a level of security appropriate to the risk of misuse and loss of Personal Data. Contractor will not acquire ownership of or other proprietary rights to the Personal Data and is obliged, according to applicable laws, to rectify, erase and/or restrict the processing of the Personal Data. Any right of retention of Contractor with regards to Personal Data shall be excluded. In addition to its statutory obligations, Contractor shall inform Principal in case of a Personal Data breach, in particular in case of loss, without undue delay, however not later than 24 hours after having become aware of it. The Contractor shall delete the Personal Data after the intended purpose has been achieved, unless statutory retention obligations apply. Insofar as the Contractor processes Personal Data on behalf of or according to the instructions of the Principal, the Parties shall conclude a separate agreement on commissioned processing in accordance with Article 28 GDPR.

19. Foreign Trade Law

19.1 The Principal and the Contractor are aware that deliveries and services may be subject to export and import restrictions. In particular, there may be authorization requirements or the use of the goods and services may be subject to restrictions abroad. The Contractor shall comply with applicable export and import control regulations of Germany, the European Union and the European Economic Area, Switzerland, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America as well as all other relevant export control regulations and shall provide the Principal with all information required by the Principal to comply with the relevant regulations as early as possible.

19.2 The performance of a contract by the Principal shall be subject to the proviso that there are no obstacles to performance due to national or international regulations of

foreign trade law as well as no embargoes and/or other sanctions.

20. Publicity Ban, Written Form, Severability Clause, Applicable Law, Place of Jurisdiction

20.1 The Contractor may only refer to or publicly disclose otherwise its business relationship with the Principal with the prior written consent of the Principal, or where this is unavoidable in order to fulfill the contract.

20.2 Insofar as these General Terms and Conditions of Purchase refer to a written form requirement, a notification by e-mail, fax or other text form shall be sufficient to comply with the written form requirement. A handwritten signature or an electronic signature is not required.

20.3 The invalidity or unenforceability of any provision or part of a provision of the contract shall not affect the validity of the entire contract.

20.4 The contract shall be construed and be subject to the substantive laws of the Federal Republic of Germany with the exclusion of (i) the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods ('CISG') dated 11 April 1980 and (ii) the applicable law rules in Germany on the conflict-of-laws.

20.5 At the Principal's option the place of jurisdiction shall be either the court competent for the Principal's registered office or the court competent according to the applicable law.